

International

«Frauen sind noch verwundbarer»

Liesl Gerntholtz von Human Rights Watch beurteilt die arabischen Revolutionen skeptisch.

Mit Liesl Gerntholtz sprach Claudia Kühner

Wie werten Sie die Wahl in Ägypten?

Die Betonung der «Sicherheit», die Zweifel, ob das Militär die Macht an eine zivile Regierung abgeben wird, und die Auflösung des Parlaments bedeuten nichts Gutes.

Der Schwerpunkt Ihrer Arbeit sind die Frauenrechte. Was besorgt Sie diesbezüglich am meisten?

Genaueres lässt sich mit Blick auf die Zukunft noch nicht sagen. Immerhin hat Präsident Mohammed Mursi angekündigt, dass er einen Christen und eine Frau zu Vizepräsidenten ernennen will. Aber im Parlament wurde vor dessen Auflösung durch den Militärarat schon die Herabsetzung des Heiratsalters debattiert - das sind zumindest Alarmzeichen. Besorgniserregend ist nach wie vor die sexuelle Gewalt gegen Frauen in aller Öffentlichkeit und in den Gefängnissen. Wir warten nun, ob Präsident Mursi diese Probleme angeht.

In welcher Form ist Human Rights Watch (HRW) derzeit in Ägypten aktiv?

Wir haben Mitarbeiter im Land und dokumentieren aufgrund ihrer Recherchen Menschenrechtsverletzungen, etwa an Demonstranten, an Kopten, an Gefangenen, an Frauen. Wir beobachten auch die Verfahren vor Militärgerichten. Bei Frauen fokussieren wir auf die sexuelle Gewalt: wie sie vorgefallen ist, wie verbreitet sie ist und wieweit Behörden bei der Ahndung versagen.

Und was geschieht mit Ihren Erhebungen?

Wir konfrontieren hohe Verantwortungsträger damit, wir versuchen ja immer, die Mächtigen zum Handeln zu bewegen. Unsere Repräsentantin in Kairo, die schon lange vor der Revolution für uns arbeitete, ist extrem gut vernetzt. Jetzt baut sie Kontakte mit den neuen Kräften auf. Das alles ist aber schwierig.

Der Westen fürchtet einen wachsenden religiösen Einfluss auf die Politik. Die Menschen- und Frauenrechte haben auch unter den säkularen Diktaturen in der arabischen Welt erheblich gelitten.

Die Muslimbrüder sind für uns bisher noch schwer einzuschätzen, was die Frauenrechte angeht. Deshalb ist die Ankündigung, in Ägypten eine Frau als Vize einzusetzen, sehr wichtig. Als Problem sehen wir die Beziehungen der Muslimbrüder zu den viel konservativeren Salafisten. Wir können das noch nicht abschliessend beurteilen.

Wie beurteilen Sie die Situation in anderen arabischen Staaten? In Tunesien und in Libyen hatten die Frauen unter den diktatorischen, aber säkularen Regimes mehr Rechte als in anderen arabischen Staaten.

Das gehört zu der Ironie solcher Diktaturen. Was Tunesien betrifft, sind wir in

Human Rights Watch

Für Verfolgte und Unterdrückte

Die Nichtregierungsorganisation Human Rights Watch (hrw.org) wurde 1978 gegründet, als es nach der Helsinki-Konferenz um die Rechte sowjetischer Dissidenten ging. Die in New York beheimatete Organisation beschäftigt Mitarbeiter in aller Welt. Sie befasst sich mit Missachtung von Kriegsrecht, macht Kriegsverbrechen auch von Terroristen und Rebellen Gruppen sowie «ethnische Säuberungen» und Genozid publik. Von Beginn an war die Methode, sich direkt an Verantwortliche und Regimes zu wenden oder sie öffentlich an den Pranger zu stellen. Im Fokus steht aber auch die Missachtung von Recht und Gesetz im staatlichen Kampf gegen den Terrorismus. Eine Unterabteilung befasst sich speziell mit Frauenrechten. In mehreren Ländern existieren Unterstützungscommittees. 2006 wurde auch in Zürich ein solches Komitee gegründet. (ckr)

einem gewissen Masse zuversichtlich, auch wegen des Quotensystems bei den Wahlen für die Verfassungsgebende Versammlung. Aber wohin das alles führt, lässt sich noch nicht sagen. In Tunesien gibt es aber traditionell eine starke Frauenbewegung, und noch mehr Gruppen werden jetzt gegründet. Eine starke Zivilgesellschaft ist in jedem Fall wesentlich.

Wie sehen Sie Libyen?

Schwierig zu sagen, weil dort immer noch ein grosses Chaos herrscht und die Regierung nicht die Kontrolle über das ganze Land hat. Hoffnung gibt es, weil hier rasch eine Frauenbewegung am Entstehen ist. Schon einen Monat nach Muammar al-Ghadhafis Sturz gab es eine erste Frauenkonferenz. Frauen sind im Kabinett vertreten, wenn auch nicht in genügender Zahl. Es gibt ein begrenztes Quotensystem für die Wahlen. Wir er-



Liesl Gerntholtz

Die aus Südafrika stammende Juristin leitet von New York aus die Abteilung Frauenrechte von Human Rights Watch. Dieser Tage referierte sie in Zürich.

kennen aber auch bedenkliche Signale, zum Beispiel die Ankündigung, dass die Polygamie wieder erlaubt werden soll. Wir hören von Frauen, die bedrängt werden, wenn sie ohne Kopfbedeckung gehen. Aber insgesamt bin ich optimistisch, dass eine Zivilgesellschaft entsteht.

Im neuen ägyptischen Parlament ist die Frauenvertretung jämmerlich.

Hier stellen wir tatsächlich einen Rückschlag fest. Soweit es unter Mubarak eine Quote gab, galt sie allerdings nur für Frauen seiner Partei. Insgesamt sind die Frauen aber in den neuen politischen Körperschaften weit weniger vertreten als bisher.

Wie gross war die Rolle eigentlich, welche die Frauen in den arabischen Revolutionen spielten? Wird diese zuweilen übertrieben dargestellt?

Er ist unterschiedlich. Auf dem Tahrirplatz waren Frauen sehr sichtbar. In Libyen weniger, dort spielten sie dafür eine stärkere Rolle bei der Unterstützung der Kämpfer. Sie taten das mehr im Hintergrund, aber wirksam.

Manche der Länder sind aus dem Fokus wieder verschwunden. Beispielsweise Bahrain. Was wissen Sie über die Zustände dort?

Die Unterdrückung geht ungehindert weiter. Wir haben jemanden in Bahrain stationiert und kümmern uns besonders um jene Ärzte, die inhaftiert wurden, weil sie Protestierende medizinisch versorgten. Wir bemühen uns auch, dass Grossbritannien und die Vereinigten Staaten den Druck erhöhen.

Das wird schwierig sein, weil die USA in Bahrain einen der grössten Stützpunkte unterhalten.

Gerade dieser mangelnde Druck macht uns die grösste Sorge. All die westlichen Regierungen, die über Syrien oder andere Länder sprechen, haben zu Bahrain nichts zu sagen.

Am schlimmsten ist die Lage in Syrien. Können Sie dort noch in einer Form wirken?

Wir hatten unlängst jemanden in Idlib und in den Flüchtlingscamps im Irak, im Libanon, in Jordanien, in der Türkei.

Kann man in Syrien noch gesondert von Frauen als Opfern sprechen?

Wir dokumentieren speziell die sexuelle Gewalt, an Frauen wie an Männern, im Gefängnis ebenso wie ausserhalb. Frauen sind noch verwundbarer als andere in all diesen Konflikten. Zudem tragen sie die grosse Last, die Familie zu schützen und für die tägliche Nahrung zu sorgen.

Radikale Islamisten

Die Krise in Mali gefährlich

Seit die Islamisten im Norden Malis die Macht an sich gerissen haben, sind auch islamistische Kämpfer ins Land kommen. Nun greifen die U-

Von Christof Münger, Niamey

Mahamane Sotbar (57) ist jetzt Flüchtling und nicht mehr Professor. «Mali existiert nicht mehr», sagt er. Mali ist sein Land, Menaka seine Stadt. Von dort ist er im März über die Landesgrenze geflohen, nach Mangaize in Niger. 150 Kilometer durch den Sahel, die arabische Bezeichnung für den ausgetrockneten «Rand der Wüste» südlich der Sahara. Er kam zu Fuss und halb verdurstet an wie die meisten der über 4000 Flüchtlinge im Camp Mangaize, einem von vier Lagern in Niger. Das UNO-Welternährungsprogramm und das Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) versorgen die 44 000 Malier in diesem Land sowie 140 000 in Burkina Faso und Mauretanien.

Professor Sotbar ist seit März hier, seine Frau und seine vier Kinder hatte er bereits losgeschickt, als am 17. Januar Malis Unheil begann. Damals griffen die Tuareg-Rebellen der Nationalen Bewegung für die Befreiung von Azawad (MNL) die Stadt Menaka an. Sie hätten gemordet, vergewaltigt und gebrandschatzt, berichtet Sotbar. Das sei das Ende der Zivilisation in Mali. «Selbst das Staatsarchiv mit allen Einträgen seit 1907 haben sie zerstört.» Trotzdem harpte der Pädagogikprofessor noch einige Wochen aus, um das Semester zu beenden; er wollte auch noch Prüfungen abnehmen. Sotbar hat Lehrer ausgebildet - und auch Lehrerinnen, wie er mehrfach betont. «Damit ist es nun endgültig vorbei.»

Ein Scharia-Staat ist das Ziel

Inzwischen hat sich das Blatt für Sotbars Familie nochmals gewendet, wenn auch nicht zum Guten. Den nationalistischen MNL-Rebellen, die am 6. April den unabhängigen Staat Azawad in Nordmali ausgerufen hatten, entglitt der Sieg. Die islamistischen Tuareg, die Ansar al-Din, zu Deutsch Verteidiger des Glaubens, jagten die Ungläubigen aus den Städten, nicht nur aus Menaka, sondern auch aus Gao, Kidal und Timbuktu, wo ihnen nun selbst die islamischen Weltkulturgüter zu wenig islamisch sind.

Die Kämpfe halten an, wobei beide Seiten gut bewaffnet sind. Die nationalistischen Tuareg-Rebellen der MNL benützen alte Bestände des gestürzten libyschen Diktators Muammar al-Ghadhafi. Auch befinden sich in ihren Reihen zahlreiche ehemalige Söldner Ghadhafis. Dagegen erhält die islamistische Ansar al-Din angeblich Militärhilfe aus Katar. Neben den Flüchtlingen wurden seit Ausbruch der Kämpfe im Januar 150 000 Menschen innerhalb Malis vertrieben.

Die Ansar-al-Din-Miliz ist verbündet mit der maghrebinischen Filiale von al-Qaida (AQMI), die Dutzende Entwicklungshelfer und europäische Wüstentouristen entführt hat. Andere radikale Gruppierungen, etwa die Bewegung für Einheit und Jihad in Westafrika (Mujao), haben sich ihr angeschlossen. Gemeinsam verfolgen sie ein Ziel: einen Scharia-Staat in der Sahara zu errichten.

Zwangsheirat statt Schule

«Mit diesen Fanatikern könne man nicht reden», sagt Mahamane Sotbar, selber Tuareg und Muslim. «Sie reissen den Jungen die SIM-Karte aus dem Handy, nur weil sie Musik darauf geladen haben.» Wer rauche, werde geschlagen. Vor allem irritiert ihn aber, dass die Mädchen nicht mehr in die Schule dürfen: «Stattdessen werden sie zwangsverheiratet.» Die Scharia sei ein böses Übel, sagt Mahamane Sotbar immer wieder. «C'est méchant, c'est méchant.» Er weist nachdrücklich darauf hin, dass er fließend Französisch spreche, nicht nur die Berbersprache der Tuareg. Er hat seine Bildung mitgenommen ins Flüchtlingslager Mangaize, wo es nur Sand, Hitze und ein paar halb verdorrte Büsche gibt. Es ist das Einzige, was ihm geblieben ist neben seiner Familie, Aussicht auf Rückkehr hat er keine. «Ich könnte nichts mehr machen da drüben, ausser vielleicht gärtnern. Es ist wie in Afghanistan unter den Taliban.»



Malische Flüchtlinge im Lager Mangaize in Niger. Foto: Michael Zumstein (VU, Laif)

Genau das beunruhigt Adamou Namata. Als Präfekt des Departements Ouallam ist er verantwortlich für das Flüchtlingslager Mangaize. Er empfängt in seinem abgedunkelten und heruntergekühlten Büro in Ouallam, einer Kleinstadt auf halbem Weg zwischen Niamey, der Hauptstadt Nigers, und dem Camp. «Seit dem Sturm auf Menaka kommen täglich neue Flüchtlinge an», sagt der Präfekt. Damit wachse das Risiko, dass Extremisten, seien sie von al-Qaida im Maghreb oder von Ansar al-Din, als Flüchtlinge getarnt ins Lager einsickern - so geschehen vor einem Jahr, als sich Islamisten aus Somalia ins Flüchtlingslager Dadaab in Kenia einschleusten, um Nachwuchs für ihre Miliz zu rekrutieren.

Um das zu vermeiden, habe seine Regierung das Flüchtlingslager nicht direkt an der Grenze, sondern 75 Kilometer weiter weg im Landesinnern errichtet, erklärt



Flüchtling Mahamane Sotbar: «Mali existiert nicht mehr.» Foto: chm

der Präfekt. «So ist es als Ausgangspunkt für Rebellenangriffe in Mali unbrauchbar», glaubt er. Es gebe offiziell keine Extremisten im Lager. In Mangaize pflichtet ihm Professor Sotbar bei: «Hier gibt es keine Fanatiker, wir sitzen alle friedlich zusammen, meistens wenigstens.»

Präsident fordert Intervention

Präfekt Adamou Namata ist sich seiner Sache jedoch nicht so sicher, wie er zunächst vorgibt. «Ich kann nicht ausschliessen, dass sich bereits Al-Qaida-Anhänger oder Ansar-al-Din-Milizionäre in Niger befinden», räumt er ein. Die Gefahr einer islamistischen Revolte bestehe derzeit überall in Westafrika, auch in Niger. «Wir sind alarmiert», fasst er zusammen. Deshalb hat Staatspräsident Mahamadou Issoufou eine internationale Militärintervention in Mali gefordert, um zu vermeiden, dass sich die ganze Region destabilisiert. Die Regierung von Niger, das auf dem UNO-Entwicklungsindex den zweitletzten Platz belegt, hat wegen der Mali-Krise sein Verteidigungsbudget kürzlich um 84 Millionen US-Dollar erhöht. Die Streitkräfte wollen nahe der Grenze eine Basis errichten. Ob das ausreicht?

In Diplomatenkreisen in der Hauptstadt Niamey hat man die Gefahr erkannt. Generell wird von Reisen in den Norden dringend abgeraten. Jedes UNO-Fahrzeug, das trotzdem von Ouallam in Richtung Grenze fährt, muss von der nigrischen Nationalgarde eskortiert werden. Mit dem Begleitschutz sollen die Kidnapper von al-Qaida im Maghreb abgeschreckt werden, damit sie nicht erneut westliche Ausländer entführen und in die Sahara verschleppen. Vor dem Büro des Präfekten in Ouallam steht ein Kleinlaster bereit, auf der Ladefläche ein Maschinengewehr und fünf Soldaten, einer von ihnen mit Skimitze.

Die Fahrt zum Flüchtlingslager Mangaize führt durch Niemandland. Jen-